



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1613

Mit Plenarbeschluss vom 28. August 2019 hat der Landtag den Gesetzentwurf federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben den Gesetzentwurf in jeweils zwei Sitzungen beraten. Der federführende Innen- und Rechtsausschuss hat schriftliche Stellungnahmen zu der Vorlage eingeholt.

Der mitberatende Sozialausschuss schloss die Beratung am 28. November 2019, der federführende Innen- und Rechtsausschuss am 4. Dezember 2019 ab.

Übereinstimmend mit dem Votum des Sozialausschusses empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1613.

—
Barbara Ostmeier
Vorsitzende